

Leere Kassen der Arbeitslosenversicherung

Ein 250-Millionen-Darlehen des Reichs

Berlin, 13. März. Der Haushaltsausschuss des Reichstags genehmigte am Mittwoch, entsprechend dem Antrag des Unterausschusses, den Haushalt der Reichs-Kasse in zweijähriger Fälligkeit. Zur Veranschaulichung der vorübergehenden Verhärtung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichs-Kasse aufgenommenen Mittel soll so viel angelegt werden, daß der Nachtragshaushalt 1928 nach Durchführung der vom Reichstag vorgenommenen Änderungen sich in Einnahme und Ausgabe ausgleicht. Es folgte die zweite Beratung des Haushaltsgesetzes.

Berichterstatter **Hrn. Stöckel** (Soz.) empfahl namens des Unterausschusses die Anträge, die in der Hauptphase eine Erhöhung der Anteilermächtigung zur

Gewährung von Darlehen auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes um 250 Millionen Mark vorzulegen. Die Regelung der Besoldung und anderer persönlicher Ausgaben nach dem Nachtragsetat soll mit Wirkung vom 1. Januar 1929 in Kraft treten.

Auf eine Anfrage erwidert ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums: Am Wege einer Anleihe können wir die 250 Millionen nicht beschaffen, sondern nur im Wege des kurzfristigen Kredits. Infolge des Anwachsens der Arbeitslosigkeit in diesem Winter mußten wir der Anleihe nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz mit Darlehen zu Hilfe kommen. Diese Beträge beliefen sich bis Februar auf rund 100 Millionen. Bis Ende März werden es 250 Millionen.

Die **Hrn. Schmidt** (D.M.), **Dr. Japf** (D. Sp.) und **Reich** (Bayr. Sp.) kritisieren die Höhe dieser pflöchtigen

Mehrheiten. Man werde an eine Revision dieser Ver-
sorgung denken müssen. **Hrn. Erling** (S.) befürchtet, daß
im Etat 1929 diese Anleihen bereits auf 400 Millionen
anwachsen

würden. Die Debatte über die Vorkasse sei deshalb zu ver-
schieben. **Hrn. Graf Behar** (D.M.) erklärt, diese Defizitwirtschaft
mache seine Partei nicht mit; sie stimme gegen die 250 Mil-
lionen.

Hrn. Bernhart (Dem.) legt dar, daß die 250 Millionen für
die Arbeitslosenversicherung nun doch schon verausgabt seien.
Da blieben doch nur zwei Wege: Entweder Bewilligung
neuer Steuern oder Gewährung einer Anteilermächtigung.
Die großen Summen kämen doch wieder der Wirtschaft zugute.

Hrn. Erling (S.) erklärt, seine Freunde würden sich der
Stimme enthalten und es den Regierungsparteien überlassen,
ihre Realisierung zu unterziehen.

Der Antrag **Hrn. Stöckel**, der die Bewilligung der
250 Millionen Reichsmark in Form einer Anleihe-
ermächtigung enthält, wurde mit 28 gegen 11 Stimmen
der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und
der Deutschen Nationalen angenommen.

Der Rest des Etatsgesetzes wird entsprechend den An-
trägen des Unterausschusses genehmigt, desgleichen eine Ent-
schließung des **Hrn. Schmidt**, **Stettin** (D.M.), worin die
Reichsregierung ersucht wird, in Zukunft Staatsmittel nicht
als „künftig wegsallend“ zu bezeichnen, wenn beamtete oder
nichtbeamtete Hilfskräfte vorübergehend zur Bewältigung
eines Arbeitsanlasses eingesetzt sind oder durch organisa-
torische Verwaltungsmaßnahmen in Zukunft erspart werden
können.

Fünf Jahre Zuchthaus für Meineid

Die Eidesreform im Strafrechtsausschuss

Berlin, 13. März. Der Strafrechtsausschuss des Reichstags nahm den Bericht des Unterausschusses über die Eides-
reform entgegen. Nach dem Bericht des **Hrn. Erling** (D. Sp.) wird der Eid zwar nicht abgeschafft, aber nirgendwo
mehr zwingend vorgeschrieben. Ueber die Frage Parteieid
oder eidliche Vernehmung der Parteien im Zivilprozeß ist
Entscheidung bis zum Einföhrungsgesetz vorbehalten. Im
Strafprozeß kann das Gericht die Vereidigung des
Zeugen beschließen, aber nur, wenn es der Aussage aus-
schlaggebende Bedeutung für die Urteilsfindung beizumessen
und wenn es der Auffassung ist, daß bei Würdigung der Sachlage
die Vereidigung als äußeres Mittel der Wahrheits-
findung nicht entbehrt werden kann. Die Vereidigung hat
nicht nur zu unterbleiben bei Zeugen unter 16 Jahren oder
wegen Verstandeschwäche oder mangelnder Verstandesbreite
bei Personen, die als Täter, Teilnehmer, Begünstigter der
Tatler verdächtig sind oder bereits verurteilt sind, sondern
auch, wenn Gericht und Beteiligten darauf verzichten. Die Ver-
eidigung hat auch zu unterbleiben, wenn die Aussage nach der
Überzeugung aller Mitglieder des Gerichts unerheblich ist;
die Vereidigung kann unterbleiben in einem Strafverfahren,
das ausschließlich eine Ueberziehung betrifft oder in
einem anderen Verfahren, wenn die Aussage nach der Ueber-
zeugung aller Mitglieder des Gerichts offenbar un-
glaubwürdig ist. Fahrlässigkeit und Dolus eventualis

sind abgeschafft. Die Mindeststrafe für vorsätzlich falsche Ver-
sicherung ist drei Monate, vorbehaltlich vorhandener beson-
derer Milderungsgründe, die Höchststrafe in besonders
schweren Fällen Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren. Für
die Angabe nur in einem bedeutungslosen Punkte unrichtig
oder unvollständig, so kann das Gericht die Strafe nach
freiem Ermessen mildern oder von Strafe absehen. So-
weit eine Aussage beeidigt wird, ist sie wörtlich in das Pro-
tokoll aufzunehmen.

Die Strafe für willentlichen Meineid ist Zuchthaus
bis zu fünf Jahren, in besonders schweren Fällen
Zuchthaus bis zu 10 Jahren.

Der Unterausschuss hat diese Anträge mit wechselnden
Mehrheiten angenommen. Reichsjustizminister Koch
erklärte, er sei bereit, sich auf die Grundlage des Antrags
zu stellen. § 183a (falsche Versicherung), § 184 (Meineid), § 185
(Verleitung zur falschen Versicherung oder zum Meineid),
§ 186 (Verbeugung einer falschen Versicherung oder eines
maligen Eides) und § 188a (Verletzung der Grundaus-
sagepflicht) werden genehmigt. Die Paragraphen 187 und 188
fallen fort. Der § 189 wird genehmigt. Er behandelt die
Zulässigkeit der Versicherung und des Eides. Auch der
Rest des Abschnittes wird im wesentlichen nach den Vorschlägen
des Unterausschusses angenommen. Die Weiterberatung wird
vertagt.

Ein schwerer Schlag für die Kommunisten

Ausschluss aus den Gewerkschaften

Berlin, 13. März. Die Generalversammlung der im
Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter
Verbindungen hat einen für die künftige Entwicklung der freien Ge-
werkschaften sehr bedeutungsvollen Beschluß gefaßt. Es sollen
danach alle Funktionäre ausgeschlossen werden,
die sich weigern, die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Ver-
bände als bindend anzuerkennen. Ferner soll sich jeder Funk-
tionär schriftlich verpflichten, die bekannten

Der Beschluß der Berliner Metallarbeiter dürfte sehr bald
auch von den anderen Gewerkschaften angenommen werden.
Er bedeutet für die an sich schon zerrüttete kommunistische
Partei einen sehr schweren Schlag. Vor die Wahl ge-
stellt, sich aus den Gewerkschaften oder aus der kommunisti-
schen Partei auszuscheiden, dürften die gewerkschaft-
lichen Funktionäre, die in die kommunistische Ideologie nicht
ganz und gar verzerrt sind, sich sicherlich für die Gewerks-
chaften entscheiden.

Jarres verliert 10 unbequeme Gegner

Zehn kommunistische Stadtverordnete legen ihre Mandate
nieder

Duisburg, 13. März. In der Stadtverordnetenversammlung am
Mittwoch legten zehn kommunistische Stadtverordnete ihre
Mandate nieder. Eine Erklärung wurde in öffentlicher
Sitzung nicht gegeben, es scheint jedoch, daß die kommunisti-
schen Stadtverordneten dem Druck ihrer eigenen
Partei gewichen sind, da man ihnen zum Vorwurf
machte, daß sie die Arbeiterinteressen nicht energisch vertreten
hätten. Oberbürgermeister Dr. Jarres gab die Erklärung
ab, daß er den Rücktritt bedauere. Sie seien zwar keine
angenehmen Gegner gewesen, aber der Stadtverord-
nete Friebe habe sich durch seinen großen Eifer und Fleiß
die Achtung des ganzen Kollegiums erworben.

Die Finanzierung der Tributbank

Die Mittwochsitzung der Sachverständigen

Paris, 13. März. Die Mittwochsitzung der Sachverständi-
gen dauerte nur eine halbe Stunde. Ein schriftlicher Bericht
lag nur vom Unterausschuss für Sachleistungen vor, wäh-
rend die anderen Ausschüsse ihre Arbeiten noch nicht ab-
geschlossen hatten. Vor Revellote berichtete mündlich
über Kapitalbedarf, Kapitalbeschaffung, Kreditorganisation
und Beziehungen der anderen Notenbanken zur Zentralbank
für internationale Zahlungen. Die Konferenz sah sich daher
veranlaßt, Stamp noch einmal mit der Vorlegung
eines Generalprogramms für die nächste Voll-
sitzung zu beauftragen, die am Freitagabend stattfinden
wird. Da sein bisher vorgelegter Entwurf noch unvollständig war.
Wie ausdrücklich hervorgehoben werden kann, bestehen keinerlei
Meinungsverschiedenheiten über das Kapital der zukünf-
tigen Zentralbank. Man ist sich einig in der Auffassung, daß
das Kapital möglichst groß sein soll.

Keine Instruktion Schachts für Paris

Berlin, 13. März. Den Botschaften, die Reichsbank-
präsident Dr. Schacht gestern in Berlin hatte, kommt mehr
als rein informativ Bedeutung zu, doch wäre es falsch,
wenn man sich in Paris der Hoffnung hingibt, daß Berlin zur
Annahme der von den Franzosen angemeldeten Forderungen
auch nur im entferntesten bereit wäre. Die Reichsregierung
hat von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß in die
Zukunft der deutschen Wirtschaft nicht eingegriffen werden
dürfe und jede Einbrechung der Reparationsfrage ihre
naturgemäße Grenze an der deutschen Leistungsfähig-
keit finden müsse. „Instruktionen“ hat Dr. Schacht jetzt
ebenfalls wenig erhalten wie ebendem, zumal da gerade von
deutscher Seite nicht großer Wert auf die Unabhängigkeit der

Sachverständigen gelegt worden sei. Wohl aber hatte die
Nahungnahme Schachts den Zweck, noch einmal die prak-
tische Seite der Pariser Konferenz zu erörtern.

Abreise des Reichsarbeitsministers von Genf

Genf, 13. März. Reichsarbeitsminister Bisjoff hat heute
nachmittag über Zürich und München die Rückreise nach
Berlin angetreten, wo er Freitag vormittag eintreffen wird.
Die deutschen Beamten beim Internationalen Arbeitsamt,
darunter Sektionschef Ministerialrat Dr. Berger und Prof.
Dr. Rißmann, sowie Generalkonsul Dr. Wölkers hatten sich
zum Abschied auf dem Bahnhof eingefunden.

Verlängerung des Lebensmittelnotstandsarfs

Berlin, 13. März. Auf Antrag des Reichsministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft ist die Gültigkeitsdauer des
Lebensmittelnotstandsarfs für Getreide, Hülsenfrüchte,
Mahlenerzeugnisse, frische Feld- und Gartenfrüchte, ferner
Lebfrüchte und Delikatessen, frische Mohrrüben und Kartoffeln,
sowie Kohlrüben zur Verwendung im Reich, sowie des Kar-
toffelausnahmestarfs für frische Kartoffeln zur Verwendung
im Reich, für getrocknete oder gedörrte Kartoffeln zur Futter-
zwecken und für frische Kartoffeln zur Ausfuhr bis zum
30. September 1929 verlängert worden.

FURNICULUS

Kästenleiter unterstehen, wurden die 230 jugendlichen Insassen
vorzüglich für einen späteren Lebensberuf ausgebildet.
Eine Halle von Vermögenstheorien bietet sich den Insassen.
Einzelhöfe besitzt eine bis ins kleinste ausgebaute Gärtnerei
mit Treibhausanlagen, es hat Werkstätten für Tischler und
Schmiede, für Korbmacher, Schneider, Schuhmacher, Buch-
drucker und Stellmacher. Neben dem Unterricht und der Ar-
beit wird ganz besonderer Wert auf die körperliche Er-
ziehung gelegt, die durch morgendliche Gymnastik und
Turnunterricht angestrebt wird. Sportliche Wettkämpfe wer-
den veranstaltet. Die Abendzeit verbringen die Jüglinge nach
eigenem Gutdünken. Man will ihnen Gelegenheit zur Eigen-
entwicklung geben. Es ist zu diesem Zwecke eine
Bibliothek vorhanden. Eine literarische Arbeitsgemeinschaft,
eine Theatergruppe und eine Hauskapelle haben sich gebildet.
Das Essen ist, wie auch die verarbeiteten Rebellen angegeben
haben, vorzüglich. Am Revolutionstage gab es morgens eine
Brühe, mittags Bohnen mit Speck, abends frische Würst. Alles
in allem ein Erziehungsheim, wie es vorbildlicher nicht ge-
dacht werden kann.

Und trotzdem Revolution! Wo liegen hierfür die
Gründe? Die Untersuchung hat denn auch des Eigenartigen
und Beachtenswerten genug ergeben. Die fünf Verbauten
waren sämtlich schwere Psychopathen. Sie hatten,
was kaum glaublich, aber dennoch Tatsache ist, unter kommu-
nistischem Einfluß! Und das tollste: drei der Festgenom-
menen hatten Kampfs Tendenzen. Revolte im Erziehungs-
haus“ geübt. Fürsorgegehaltige und schwere Psychopathen
in der Nachversorgung. War es ein Wunder, daß das Ge-
schene ihr latentes Gleichgewicht störte, daß sie es in die Praxis
umlegen wollten. Man wird kaum in Verdacht der Kultur-
reaktion kommen, wenn man den Besuch gerade dieses Ten-
denzstüdes durch Fürsorgegehaltige unverwundlich findet. So
sehr wir die freibereitere Gestaltung der Fürsorgeerziehung
bedürfen, so darf sie doch nicht so weit gehen, daß der Besuch
berättiger Stücke möglich sein kann.

Und dann noch eins. Die 16 Krawallhelden waren Psycho-
pathen. Sie haben eine Anstalt mit 230 Insassen auf den Kopf
gehakt. Aus diesem Ereignis gilt es zu lernen. Es gibt
unter den Fürsorgegehaltigen zwei Arten. Einmal solche, die
durch unglückliche Umstände in ihrer Familie und Elend auf
die schiefste Bahn gekommen, eine Fürsorgeerziehung nötig
machen und die gebessert werden können, weil der Cha-
rakter im Grunde nicht verderben worden ist. Zum
zweiten aber legen sich die Insassen dieser Anstalten auf so-
zialistische Elemente zusammen, denen der Hang zum
Bösen und zur Auflehnung wider die Gesellschaftsordnung
angeboren ist. Eine Besserung dieser Elemente ist nur
schwer zu erhoffen. Für sie können auch die modernen, frei-
heitlichen Erziehungsgrundsätze nur eine beschränkte
Bedeutung besitzen. Vor allem bilden sie eine schwere Ge-
fahr für die übrigen Jüglinge. Der Mensch erliegt bekannt-
lich leichter den schlechten Einflüssen als den guten, besonders
wenn er das latente feindliche Gleichgewicht eines Fürsorgege-
haltigen besitzt. Es ergeht sich aus diesem Vorfall die Lehre,
daß die modernen Fürsorgegrundsätze dahin ergänzt werden
müssen, daß typische Psychopathen und typische Sozialisten in be-
sonderen Anstalten untergebracht werden müssen. Hier wird
die Bewirtschaftung naturgemäß eine strengere sein müssen.
Nur so können sich für die übrigen Jüglinge aus einem refor-
mierten Fürsorgewesen erfreuliche Folgen ergeben.

Das Licht aber, das von Herrn Pampel ausstrahlt, ist für
alle Fürsorgegehaltige Gift. Denn ach, Herr Pampel, „be-
rühmt“ auch durch sein neuestes Standbild „Gottas über
Berlin“, hat nicht nur eine Revolte im Erziehungshaus provo-
ziert, er hat nun sogar, zum heiteren Abschluß sei's erwähnt, Re-
volte der Sozialdemokraten gegen die Sozial-
demokraten erregt und Kulturkampf am Kurfürstendamm
heraufbeschworen. Verwirrung der Gemüter der Linken, der
Sozialdemokrat Braun gegen den Sozialdemokrat Severing,
das ist sein neuester Erfolg. Die Zensur droht wieder. Die
Dichterkademie ergrüht in rhetorischen Protesten mit
Genossen Severing an der Spitze. Warum? Weil die
Genossen Braun und Jürgel Pampels „Gottas“ verboten
haben. Verboten deshalb, weil Herr Pampel, durch das Lob
der Weltgenossen sich geworden, seine kommunistische Talen-
losigkeit nicht nur an der Fürsorgeerziehung, sondern im
„Gottas“ sogar an gutgesinnten Sozialdemokraten wegt.
Denn betrübt nicht es die Linkspresse ist, nicht bloß die
Reichswehr wird beschimpft, nein, auch die Sozialdemokratie,
die Passifisten, das Reichsbanner — sie werden slobig ver-
höhnt“. Deshalb verbietet Braun und deshalb schiebt Seve-
ring Severing gegen die neuerstehende Zensur, die nach der
Verfassung abgeschafft sei. Und während der neue Kultur-
kampf in Berlin tobt, lächeln alle Bösen, weil Herr Pampel
nicht nur Revolten im Erziehungsheim, sondern auch
Führerwit der sozialdemokratischen Parteihauptlinie herauf-
beschwört. Es scheint doch nötig zu sein, den kommunistischen
Intelligenzen etwas mehr auf die Finger zu legen. Sie ge-
fährden nicht nur die Fürsorgeerziehung.

Seeräuber an der chinesischen Küste

Tokio, 13. März. In der Nähe von Tschifu wurde das
chinesische Schiff „Nolan“ von chinesischen Seeräubern über-
fallen. Der Kapitän wurde erschossen, 14 Fahrgäste ver-
wundet. Den Räubern fielen 60 000 mexikanische Dollar und
viele Wertgegenstände in die Hände. Japanische Kanonenboote
haben die Verfolgung der Räuber aufgenommen.

Wißglückter Angriff auf Segrates Weltrekord

Zwei Tote

Tayton Beach (Florida), 13. März. Bei dem Versuch,
den von Major Segrates dieser Tage aufgestellten Schnellig-
keitsrekord zu überbieten, verlor der amerikanische Auto-
mobilfahrer Lee Bible, als er eine Stundenleistung von
325 Stundenkilometer erreicht hatte, die Herrschaft über seinen Rennwagen und rannte in eine
Sanddüne. Der Wagen überschlug sich und Bible
wurde sofort getötet. Ein Photograph wurde von dem
Automobil Bibles angefahren und ebenfalls getötet. Bible
unternahm seinen Rekordversuch in einem 6-Zylinder-Trip-
lex-Rennwagen und geriet am Nordende der Strandrenn-
bahn zu nahe an das Wasser. Bei dem Versuch, nach der
Innenseite der Rennbahn zu steuern, verlor er die Gewalt
über den Wagen.

Mit dem Motorrad in einen Trauerzug

Dortmund, 13. März. Auf der Chaussee von Dortmund
nach Dagen ereignete sich ein folgenschweres Motorrad-
unglück. In Kirchhöhe bewegte sich ein Trauerzug durch die
Straße, als plötzlich aus südlicher Richtung ein Motorrad-
fahrer in rasender Fahrt herannah, der offenbar die Ge-
walt über die Sicherung verloren hatte und von
hinten in den Trauerzug hineinfuhr. Das Rad stürzte um
und begran mehrere Leidtragende sowie den Motorradfahrer
und seinen Beifahrer unter sich. Der 53-jährige Invalide
Brinmann erlitt einen Schädelbruch und einen Bruch der
Wirbelsäule und war auf der Stelle tot. Mehrere andere
Leidtragende trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen
davon. Sehr schwer verletzt wurde auch der Besitzer des
Motorrads, ein gewisser Wilhelm Schmidt aus Gostrop-
Rauel, der auf dem Totenbühnen lag; während der Führer des
Rades nur leicht verletzt wurde, hat Schmidt sich einen
schweren Schädelbruch zugezogen, so daß es fraglich ist, ob er
mit dem Leben davonkommen wird.